Medienmitteilung des Schul- und Sportdepartements Zürich

Das Schul- und Sportdepartement hat als Sofortmassnahme eine Meldestelle für Fälle von Antisemitismus, Rassismus, interreligiösen Konflikten oder Radikalisierung an Schulen bezeichnet. Die Meldestelle ist bei der Fachstelle für Gewaltprävention angesiedelt, die ebenfalls zum Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich gehört. Stadtrat Filippo Leutenegger, Vorsteher des Schul- und Sportdepartements, hat als Sofortmassnahme entschieden, eine Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte oder Radikalisierung für die Stadtzürcher Volksschule zu bezeichnen.

Filippo Leutenegger © Hinerk 62 Wikimedia

Die konkrete Ausgestaltung der Meldestelle und deren gesamtstädtische Einbettung wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Bearbeitung der verschiedenen politischen Vorstösse zu dieser Thematik – insbesondere des Postulats «Schaffung einer Stelle zur wirksameren Bekämpfung des Antisemitismus in der Stadt» (GR Nr. 2023/565) – geklärt. «Von Antisemitismus, Rassismus oder interreligiösen Vorfällen betroffene Schüler und Schülerinnen, deren Eltern oder auch das Schulpersonal können sich an die Meldestelle wenden», erklärt Stadtrat Leutenegger. «Gleiches gilt, wenn Anzeichen von Radikalisierung bei Schüler und Schülerinnen festgestellt werden.»

Die Meldestelle sichert als Sofortmassnahme, dass Betroffene einen niederschwelligen Zugang zu Fachpersonen erhalten. Die Meldestelle soll zudem bei Radikalisierungstendenzen präventiv wirken. Die Fachstelle für Gewaltprävention nimmt die Meldungen auf, berät und bearbeitet diese falls nötig unter Beizug weiterer Fachpersonen. Bei Fällen von Radikalisierung arbeitet die Fachstelle eng mit der Stadtpolizei Zürich zusammen, die das konkrete Gefährdungspotential ermittelt. Die Meldestelle soll zudem auch als Beobachtungs- und Analyseinstrument dienen, um die Lage an der Stadtzürcher Volksschule konkret einzuschätzen und allfällig nötige Massnahmen zeitnah einzuleiten.